

Europa und Steurgerechtigkeit



Ein solidarisches Europa braucht eine gemeinsame Steuerpolitik!

Luxleaks, Panama und Paradise Papers, das Vorgehen der EU-Kommission gegen Irland im Fall Apple - seit Ende 2014 kommt Bewegung in die Steuerdebatte. Endlich. Mit Luxemburg, Niederlande, Irland, Malta und Zypern sind viele wichtige Steueroasen Mitgliedsstaaten der EU. Auch Deutschland ist eines der beliebtesten Ziele für intransparente Finanzflüsse insbesondere aus dem globalen Süden, mithilfe derer Geldwäsche und Steuerhinterziehung in gigantischem Ausmaß betrieben wird¹. Hinzu kommt noch ein Dutzend vor allem britische und niederländische Überseegebiete wie Jersey, Curaçao oder die britischen Jungferninseln.

Steueroasen sind also keineswegs nur ferne Inselstaaten. Im Gegenteil: Die Wettbewerbspolitik hat die EU sogar zum Motor des weltweiten Steuerwettbewerbs gemacht. Vorreiter war Irland, welches seit 2004 einen Steuersatz von 12,5% auf Unternehmensgewinne erhebt. Zypern, Estland, Bulgarien bieten inzwischen ähnlich niedrige Steuersätze, und auch die Steuersätze der großen Industrienationen wurden schrittweise gesenkt. In Deutschland fielen die nominalen Steuern auf Unternehmensgewinne inkl. der Gewerbesteuer seit 2008 um 10% auf durchschnittlich ca. 30%.

Blockade der europäischen Institutionen: Einstimmigkeitsprinzip in der Steuerpolitik

Es gibt bis dato keine gemeinsame europäische Steuerpolitik. Viele Initiativen scheiterten am Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen. Während das europäische Parlament seit 18 Jahren ein einheitliches Unternehmenssteuerrecht fordert (mit Zustimmung von links bis konservativ – meist gegen die Stimmen der Liberalen und der Rechten), blockieren zahlreiche Regierungen – auch die deutsche – im Europäischen Rat bzw. im Rat für Wirtschaft und Finanzen, weil sie glauben, das könne ihrem Standort oder ihrer Wirtschaft schaden.

Ergebnis: Steuervermeidung, Geldwäsche und Vermögens-Konzentration

Inbesondere die rechnerische Verschiebung der Gewinne durch manipulierte Verrechnungspreise, Zinszahlungen, Lizenz- und Patentgebühren, Versicherungen usw. führt oft zu marginalen Steuersätzen von multinational operierenden Konzernen wie Apple, IKEA, Amazon und Nike.

Hinzu kommen zahlreiche Schlupflöcher und Sondervereinbarungen. Apple drückte über Jahre seine effektive Steuerquote in der EU unter 1%. Aber auch deutsche Konzerne wie Bayer, BASF, E.ON oder SAP spielen munter mit im Konzert der Steuervermeider. Nach Schätzungen des Europäischen Parlaments verlieren die EU-Mitgliedsstaaten allein durch Steuertricks von Unternehmen jährlich rund 160-190 Milliarden Euro. Die (teils legale) Steuerflucht und -hinterziehung von Privatpersonen wird sogar noch höher eingeschätzt.

Die insgesamt zu geringe Besteuerung von Spitzeneinkommen und großen Vermögen führt zusammen mit Steuervermeidung und Geldwäsche zu einer immer stärkeren Konzentration des Reichtums in immer weniger Händen. Die Vermögen der Milliardäre wachsen auch deswegen viermal so schnell wie die Vermögen insgesamt. Auf der anderen Seite stöhnen mittelständische Unternehmen und Normalverdienende über hohe Steuerlasten, da sie die Ausfälle durch Steuerflucht und -hinterziehung ausgleichen müssen. Wenn diese Entwicklung fortschreitet, wird das Vertrauen in die Demokratie und ihr Urversprechen, eine gerechte Politik im Interesse der gesamten Bevölkerung, zunehmend zerstört.

¹Markus Meinzer (Steueroase Deutschland, C.H. Beck Verlag 2015) berechnet, dass 2,5 bis 3 Billionen Euro Auslandsgelder in Deutschland geparkt sind, über die die Bundesregierung die Herkunftsländer in der Vergangenheit nicht informiert hat.

Wir brauchen eine gemeinsame europäische Steuerpolitik!

Für eine Entwicklung hin zu mehr sozialer, ökonomischer und demokratischer Gerechtigkeit braucht es eine europäische Steuerpolitik, die keine nationalen Alleingänge zum Schaden aller Unionsbürger*innen mehr toleriert. Wir erheben daher folgende Forderungen, die auf europäischer Ebene umgesetzt werden sollten:

- **Gesamtkonzernsteuer:** Die EU-Staaten müssen sich endlich auf eine gemeinsame Grundlage zur Besteuerung multinationaler Unternehmen einigen. Mit einer Gesamtkonzernsteuer (engl. unitary taxation, die EU-Richtlinie heißt GKKB) soll der globale Gewinn eines Unternehmens nach einer Formel auf die Staaten, in denen dieses aktiv ist, aufgeteilt werden. Jeder Staat kann dann den Teil der Gewinne besteuern, der seinem Hoheitsgebiet zugerechnet wird. Fiktive Gewinnverschiebungen in Steueroasen sind so nicht mehr möglich.
- **EU-weite Mindeststeuersätze:** Um das Ausnutzen unterschiedlicher Steuersätze zwischen EU-Ländern zu verhindern, sind EU-weite Mindeststeuersätze auf Unternehmensgewinne und Spitzeneinkommen notwendig.
- **Progressive Einkommen-, Vermögen- und Gewinnsteuern:** Um die zunehmende Konzentration der Vermögen und die Etablierung von Monopolen – insbesondere in der Digitalökonomie – zu stoppen, müssen hohe Einkommen, Vermögen sowie Konzerngewinne stärker und progressiv besteuert werden. Um die Finanzmärkte zu beteiligen, fordern wir die Einführung einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer.
- **Austrocknen von Steueroasen:** Mit Staaten und Gebieten, die den Austausch von Finanz-Informationen verweigern (Schattenfinanzplätze), dürfen keine Geschäfte mehr getätigt werden. Nötig sind ein Datenaustausch über Auslandskonten, öffentliche Unternehmensregister der wirtschaftlich Begünstigten sowie hohe Strafen für Banken, die dagegen verstoßen.

- **Mehr Transparenz:** Die zahlreichen Skandale der letzten Jahre wurden fast ausnahmslos von Journalisten und NGOs und mit Hilfe von Informanten (Whistleblowern) aufgedeckt. Deswegen braucht es mehr Transparenz: Pflicht zur öffentlichen länderspezifischen Berichterstattung über die Tätigkeit von Unternehmen, Berichte zu Steuerstrategien von Konzernen sowie zu Steuersparmodellen von Privatpersonen etc.
- **Steuerstrafrecht:** Steuervergehen dürfen keine Kavaliersdelikte mehr sein. Steuerflucht darf sich nicht lohnen. Daher fordern wir eine Weiterentwicklung des Steuerstrafrechts und die Einführung eines wirksamen Unternehmensstrafrechts nach angelsächsischem Vorbild. Ebenso sind weitgehende Gesetze zum Schutz von Whistleblowern erforderlich.

Die auf Standortkonkurrenz und die Senkung von Steuern, Löhnen und Sozialstandards setzende, neoliberale Politik in der EU muss beendet werden. Um die soziale Spaltung, Abstiegsängste und wachsende Ungleichheit zu bekämpfen, brauchen wir mehr europäische Zusammenarbeit in der Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik. Für ein solidarisches, gerechtes, nachhaltiges Europa braucht es Investitionen in Bildung, Gesundheit, die Bekämpfung von Armut und den ökologischen Umbau. Das Geld dafür ist vorhanden, wenn Konzerne und Vermögende ihren Teil beitragen zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben. Attac setzt sich dafür ein, dass Steuerflucht und -hinterziehung ein Riegel vorgeschoben wird!

Nähere Infos:

www.attac.de/gesamtkonzernsteuer



V.i.S.d.P. K.-M. Hentschel, c/o attac, Münchener Str. 48, Ff/M